

Der Mensch ist mehr als Arbeitskraft

Tagtäglich lesen und hören wir in den Medien von Wirtschaftsleistungen, Produktivität, Rentabilität, Wertschöpfung etc. Gemessen wird die Leistung des Betriebes, der Output der Unternehmung. Selten wird über die Arbeitsbedingungen gesprochen. Diese sind in den letzten Jahren unter Druck geraten. Travail.Suisse kämpft gegen die zunehmende Prekarisierung der Arbeitsbedingungen und setzt sich ein für genügend Freizeit und mehr Ferien.

In den letzten Jahren hat sich unsere Arbeitswelt verändert. Überstunden, Belastung und Hektik am Arbeitsplatz haben zugenommen. Zudem haben sich die strukturellen Bedingungen zu Ungunsten der Arbeitnehmenden verändert. Arbeit ist unbestritten die Grundlage unseres Wohlstandes, aber es darf nicht sein, dass befristete Arbeitsverhältnisse, Temporärbeschäftigung, Arbeit auf Abruf immer häufiger werden. Die Konsequenzen sind tiefere und unsicherere Einkommen, ungewissere Arbeitszeiten und eine schlecht planbare Zukunft. Arbeitgeber haben eine soziale Verantwortung. Damit soziale Spannungen ausbleiben, sind faire Arbeitsbedingungen unabdingbar. Travail.Suisse kämpft gegen die absolute Verfügbarkeit und Flexibilität der Arbeitnehmenden und für genügend Ferien und Freizeit als Ausgleich für die gestiegene Arbeitsbelastung.

Belastung ausgleichen

Wir leisten seit Jahren pro Arbeitsstunde mehr, das heisst unserer Produktivität steigt. Der grösste Teil der erhöhten Arbeitsproduktivität ist bisher allerdings nicht den Arbeitnehmenden zugute gekommen, denn ihre Löhne haben nicht im gleichen Ausmass zugenommen wie ihre Leistungen. Ein Ausgleich ist deshalb gerechtfertigt und bereits verdient. Travail.Suisse ist überzeugt, dass dieser Ausgleich nicht nur finanziell, sondern in Form von mehr Freizeit und Ferien erfolgen muss. Erholung ist wichtig, um auch am Arbeitsplatz motiviert und produktiv zu sein.

Die Teilhabe am wirtschaftlichen Leben, Arbeit und Lohn sind für die meisten Menschen in unserer Gesellschaft von zentraler und sinnstiftender Bedeutung. Lebensqualität hängt aber nicht nur von wirtschaftlichen Gütern ab. Die meisten Menschen empfinden ihre Lebensqualität dann als hoch, wenn sie genügend frei verfügbare Zeit für andere Bereiche als die Arbeit haben.

Mehr Ferien für alle!

Mit der Initiative „6 Wochen Ferien für alle“ fordert Travail.Suisse die Erhöhung des gesetzlichen Minimums an bezahlten Ferien auf sechs Wochen. Heute liegt das Minimum

bei vier Wochen pro Kalenderjahr bzw. fünf Wochen für Jugendliche (Obligationenrecht, Artikel 329a Absatz 1). Der entsprechende Gesetzesartikel ist seit dem 1. Juli 1984 in Kraft¹. Momentan herrschen punkto Ferien grosse Unterschiede zwischen den Branchen oder ausgehandelten Gesamtarbeitsverträgen.

Sowohl der Schweizerische Arbeitgeberverband als auch der Schweizerische Gewerbeverband lehnen die Initiative ab und halten sie für unnötig und überrissen. Bereits heute kämen gewisse Arbeitnehmende in den Genuss von mehr Ferien als gesetzlich vorgeschrieben sind. Das stimmt. Die Arbeitswelt hat sich in den letzten 20 Jahren jedoch nicht nur für einen Teil der Erwerbstätigen massiv verändert; es wird von allen mehr abverlangt. Deshalb sind mehr Ferien für alle gerechtfertigt!

Die Unterschriftensammlung der Initiative hat Mitte Januar 2008 gesamtschweizerisch und mit Erfolg begonnen. Nun sind Travail.Suisse und die Mitgliedsverbände gefordert, innerhalb von 18 Monaten 100'000 gültige Unterschriften zu sammeln. An mehreren nationalen Sammeltagen und mit diversen Standaktionen werden im Laufe des Jahres Unterschriften gesammelt. Unterschreiben auch Sie!

Mehr Infos zur Initiative unter www.6wochen.ch oder www.travailsuisse.ch

Eva Linder, Kampagnenleiterin, Travail.Suisse

Nationale Sammeltage 2008:

- Fr, 30. Mai
- Sa, 31. Mai
- Do, 26. Juni
- Do, 11. September
- Fr, 12. September
- Di, 21. Oktober

Travail.Suisse, Hopfenweg 21, 3001 Bern, Tel. 031 370 21 11, info@travailsuisse.ch,
www.travailsuisse.ch

¹ Infolge eines indirekten Gegenvorschlags zur Volksinitiative der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Zuvor bestand ein gesetzlicher Ferienanspruch von mindestens zwei Wochen bzw. für Jugendliche von mindestens drei Wochen.